

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Merseburg und Provinzialrat Herr **Wenzel**, für den übrigen Inhalt Herr **Wenzel**. Druckerei: **Wenzel**, Große Ulrichstraße 27. — Druck von **W. Kramm** & Co., Merseburg, Große Ulrichstraße 3. — Zeitungserlöse Seite 411. — Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, kein Nachsehen von der Expedition monatlich 10 Pfennig. Bei den Abonnenten 210 Mark ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Anzeigengebühren: Die spätere Kolonnenrate 20 Pfennig, in der ersten Seite 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: **Wenzel**, Große Ulrichstraße 27. — Preis pro Quartal 2 Mark.

Nr. 135.

Halle, Montag den 5. November 1917.

1. Jahrgang.

## Freie Hand.

Graf Hertling ist seit 2. November deutscher Reichszankler und preussischer Ministerpräsident. Er hat vor der Übernahme seines Amtes mit den Führern der Reichstagsparteien verhandelt, und die Übernahme von ihrer Zustimmung abhängig gemacht. Um diese Zustimmung zu erhalten, hat er eine Reihe von Versprechungen abgegeben, die geeignet waren, die Bedenken der Linksparteien, auch die der Sozialdemokratie, wesentlich abzumildern. Versprechungen sind aber Versprechungen, und so hoch die Sozialdemokratie es anerkennt, daß Graf Hertling mit dem Verfahren vor seinem Amtsantritt neue Wege eingeschlagen hat, so liegt doch in seiner politischen Persönlichkeit allein keineswegs eine Garantie dafür, daß zwischen der neuen Regierung und der Partei dauernd ein gedeihliches Zusammenwirken möglich sein wird.

Die Sozialdemokratie verhält sich gegenüber der Regierung Hertling

nicht von vornherein ablehnend,

aber abwartend. Darum ist sie auch auf das Angebot, sich an der Bezeichnung der leitenden Reichs- und Staatsstellen zu beteiligen, nicht eingegangen. Was sie bei diesem Vorhaben geleistet hat, ist keineswegs Schen vor der Verantwortung. Soll aber die Sozialdemokratie für die Regierung die Verantwortung übernehmen oder mit übernehmen, so muß für die Auswirkung sozialdemokratischer Grundgedanke in ganz anderer Weise freie Bahn geschaffen werden, als es bisher der Fall ist.

Die Ablehnung der Beteiligung an der Verantwortung bedeutet nicht, daß die Sozialdemokratie darauf ausgeht, der neuen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Im Gegenteil wünscht die Sozialdemokratie, daß es ihr möglich sein möge, die Regierung zu unterstützen. So dies aber der Fall sein wird, wird ganz von der Politik der Regierung abhängen.

Ein richtiges Wort für oder wider wäre schon deshalb verfrüht, weil die weiteren Veränderungen in der Reichsregierung noch nicht bekannt sind, und eine öffentliche Erklärung des neuen Reichszanklers noch nicht vorliegt. Von diesen beiden Punkten wird naturgemäß viel abhängen, wie sich die Partei der Regierung gegenüber orientieren wird. Einer nur aus Zentrum und Nationalliberalen bestehenden Kombination würde sie selbstverständlich noch feindlicher gegenüberstehen als einer

mit fortschrittlichen Elementen durchsetzten

Regierung. Es ist mehr der Wunsch der Sozialdemokratie als der fortschrittlichen Volkspartei, daß ein Fortschrittler die Stellvertretung des Kanzlers übernehmen und ein anderer in das preussische Staatsministerium eintreten möge. Von diesen beiden Wünschen ist der zweite noch wichtiger als der erste. Denn erst mit einem Fortschrittler würde eine Partei in das preussische Ministerium eintreten, die sich programmgemäß auf die Einführung des gleichen Wahlrechts festgelegt hat.

Die Sozialdemokratie hat daher den lebhaften Wunsch, daß ein entsprechend gerichteter fortschrittlicher Abgeordneter als Vertrauensmann der Linksparteien in das preussische Ministerium eintreten möge. Es ist dies, das wenigste, was verlangt werden kann. Das von Michaelis geführte Ministerium besteht aus Beamten, die sich rein pflichtgemäß auf den Boden der königlichen Wahlrechtsforderung gestellt haben. Von ihnen ist ein auftragsgemäßes Eintreten für die Reform zu erwarten, nicht aber ein überzeugungsvolles Eintreten.

Zu diesen Beamtenministern tritt jetzt Graf Hertling als Ministerpräsident, und der nationalliberale Führer Friedberg als dessen Stellvertreter. Beide Herren haben

sich auf eine rasche und locale Durchführung des königlichen Wahlrechtsversprechens verpflichtet. Das ist gewiß sehr schön von ihnen, aber als alterprobt Wahlrechtskämpfer können sie wohl beide nicht beizubehalten werden. Es kann ja sehr zweifelhaft sein, ob dieser Ehrentitel einem fortschrittlichen Abgeordneten gebührt, immerhin kann bei dem heutigen Stande der Dinge angenommen werden, daß ein Fortschrittler wie z. B. Herr Dove, dem Beamteneifer des Wahlrechtsministeriums aus eigener Überzeugung etwas nachhelfen könnte, und darum wäre seine Anwesenheit im Ministerium auch

für die Sozialdemokratie ein Stück Garantie.

Das entscheidende bleibt selbstverständlich die auswärtige Politik der Regierung, von der wir erwarten, daß sie mit ruhiger Beharrlichkeit und realpolitischen Verständnis auf die baldige Erringung des Friedens hinwirken werde. Die Kriegsheber im Ausland dürfen keine Gelegenheit und auch keinen Vorwand erhalten, die neue Reichsleitung als eine anexionistische oder imperialistische zu bezeichnen. Die großen militärischen Erfolge dieses Herbstes können nur dann dem Frieden dienen, wenn eine maßvolle und besonnene Politik sie in diesem Sinne auszunutzen versteht. Eine solche Politik zu treiben, scheint der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Soltmann, geneigt zu sein. Dieser Staatsmann hat sich um die Lösung der Krise große Verdienste erworben, und dadurch das Vertrauen, das der Reichstag in ihn setzt, gefahrt. Soltmann hätte sich nicht mit solchem Eifer, wie er es getan hat, für die Kanzlerhaft Hertlings eingesetzt, wenn er von ihr irgendwelche Hindernisse für seine auswärtige Politik befürchtete. Die Alldeutsche-Konventionen fühlen sich, wie ihre Presse zeigt, durch die Ereignisse der letzten Zeit geradezu gerettet. Das darf als ein gutes Vorzeichen für die Regierung Hertling-Soltmann gewertet werden.

Will diese Regierung eine Politik der Volkstümlichkeit und des Friedens treiben, so wird sie dabei der entscheidenden und ausschlaggebenden Unterstützung der Sozialdemokratie sicher sein. Wenn sie die Erwartungen enttäuscht, hat sie mit einer Opposition der sozialdemokratischen Partei zu rechnen, die für sie lebensgefährlich sein wird. Die Sozialdemokratie behält freie Hand und kennt in ihrer Stellungnahme zur Regierung des Grafen Hertling keine andere Richtschnur als die ihrer eignen Überzeugung. —

### Ein Notbau?

Die „Internationale Korrespondenz“ behandelt die neue Stanzlerhaft von einem andern Gesichtspunkt aus. Sie betrachtet die Vera Hertling-Bayer-Friedberg nur als neuen kriegerischen Notbau, der aus inneren Gründen nach dem Kriege verschwinden müßte.

Die erste sichere Folge der neuen Regierungstrife, meint die „I.“, ist eine erhebliche Verzögerung in der Einbringung der preussischen Wahlreform. Wenn sie auch im preussischen Staatsministerium bereits endgültig beschlossen und seit einigen Tagen zur Überlegung an das Parlament fertig ist, hält man es doch für notwendig, dem neuen preussischen Ministerpräsidenten Gelegenheit zu geben, sie genau kennenzulernen. Früheres Mitteilen nächster Woche geht sie also dem Abgeordnetenhause zu. Das Dreiklassenparlament wird die Verzögerung benehmen, nur sich keineswegs erst recht nicht zu beugen. Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage wird deshalb erst im letzten Novemberdrittel erfolgen.

Solche Verzögerungen sind eine der vielen unangeneh-

men Begleiterscheinungen häufigen Regierungswechseln. Ein größerer Schaden ist gerade gegenwärtig der Eindruck der Unsicherheit, der durch rasche und häufige Veränderung in den leitenden Stellen bei den nur auf Zeiten deutlichen Zusammenbruchs lauernden Feinden erntet wird. Viel leicht wären wir dem Frieden heute schon ein wenig näher, wenn Bethmann-Hollweg noch im Amte wäre. Entscheidend sind freilich für den Frieden alle diese innerpolitischen Vorgänge nicht; das ausschlaggebende Moment ist vielmehr einzig und allein, wann die Entente-Staatsmänner und -völker die von ihnen geplante Fortsetzung Deutschlands als unerreicht erkennen. Immerhin haben wir den lebhaften Wunsch, daß es dem Grafen Hertling gelingen möge, bis zum Friedensschluß sein Amt zu führen. Soffentlich kann er dieses Ziel recht bald erreichen und sich dadurch den Anspruch auf die wohlverdiente Ruhe erwerben.

Die neue Reichszanklerhaft ist als demokratischer Fortschritt im Sinne des parlamentarischen Systems vielerorts lebhaft begrüßt worden. Unzweifelhaft ist Hertling der erste Zankler, der vor der Übernahme seines Amtes sich vergewissert hat, daß er im Reichstag eine genügend starke Gefolgschaft besitzt und sein

Arbeitsprogramm mit dem Parlament vereinbart

hat. Offenbar ist aus Anlaß der vorliegenden Zeit vorüber, was Hoffen, Wilson verlange keineswegs den Sturz der Hohenzollern, sondern nur den Rücktritt von Dr. Michaelis und den Amtsantritt eines neuen Kanzlers im Einvernehmen mit dem Reichstag; dann würde er gern über den Frieden verhandeln. Wir wissen, daß das nur ein Vorwand war, mit dessen Hilfe man schwere innere Stritten in Deutschland zu entfesseln hoffte. Genau wie der Sturz der kleinen Nationen für die Entente nur ein Schlagwort gewesen ist, genau so wie der deutsche Reichstag auf gewalttätige Gebietsveränderungen bisher nicht zum Frieden geführt hat. Sichtlich der Wirkung der Parlamentarisierung auf die Erreichung des Friedensziels sind wir also ohne jede Illusion; aber es wird wenigstens niemand mehr auf den frummen Gedanken verfallen können, die deutschen Soldaten müßten deswegen weiterkämpfen und leiden, weil der deutsche Kanzler nicht im Einvernehmen mit dem Reichstag ernannt sei. Wir können es uns leisten, auch noch diese Probe auf Feindlichkeit Schlagwörter zu machen.

Aber unzweifelhaft ist das Ministerium Hertling vom

Standpunkt des praktischen Sozialismus

aus ein ebenso großer Rückschritt. Scheidemanns große Bürgerliche Rede, der glanzvolle Höhepunkt des Parteiprogramms, hat die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf diesen Zentralpunkt der gegenwärtigen Politik gelenkt; der alle anderen an Bedeutung weit übertrifft. Nun sind die Hertling, Bayer, Dove, Friedberg durchweg alte Wandersleute, die wirtschaftspolitisch keine andre Sorge haben werden, als möglichst bald wieder die „freie Konkurrenz“ der Vorkriegszeit wiederherzustellen. Einmalen, solange der Krieg dauert, liegt freilich der Schlüssel beim Soldat; jetzt kann niemand daran denken, uns die Segnungen des „freien“ Wirtschaftens wieder zu beschern, weil es der sofortige Zusammenbruch wäre. Aber nach dem Kriege — hoffen wir alle diese Herren schleunigst aus ihren Ämtern verdrängen zu sehen. Und bis dahin bereitet hoffentlich das Reichswirtschaftsausschusses alles recht gründlich vor, um die dürftigen triegsozialistischen Notbauten in den wichtigsten Zweigen des Wirtschaftslebens alsbald durch eine orientierte sozialistische Organisation ersetzen und ausbauen zu können. Sonst wäre die Parlamentarisierung zu teuer erkauft. —

## Schreckenstage.

Aus Ostfriesland an der jamaicanisch-nationales Grenze erhalten wir von einem gelegentlichen Mitarbeiter des folgenden Stimmungsbild über die Zustände in Italien: Unschweres hat sich in wenigen Tagen in Italien ereignet. Unschweres steht bevor. 2 Tage lang habe ich mit Freunden die

nationales Grenze dem Ungehörigen Zee-einlassung, indem ein einziger Stellen des Landes, die der Marinen und zu Wasser getrennt, habe Einreise gesammelt, mit Ungehörigen, Soldaten, niedrigen Volk, Offizieren, Beamten und verunglückten Leuten gesprochen. Nun steht ich vor meiner Aufgabe, über die Hoffnungen

der einen, die Befürchtungen der anderen die Bergwertung des Volkes zu berichten. Nach am Donnerstag den 20. Oktober hatte sich kein Montag auf das Entschlossene, das folgen sollte, gefügt gemacht. Ein Süditaliener aus der Gegend des Meines zog zur Schilderung seiner

Endrücke folgenden Vergleich heran: Wir am Ferno hören oft das unterirdische Grollen des Berges. Mit der Zeit gewöhnt man sich daran. Man achtet nicht mehr auf das Grollen. Erst dann eines Tages die Startschraube ein, dann

läßt der Schreden alle Glieder.

So geht es uns jetzt mit dem Kriege. Wir waren alle auf Schlimmes vorbereitet. Wir hatten das Schlimmste erwartet: die Revolution! Aber das, was jetzt eingetreten ist, hat alle unsere Vorstellungen noch weit übertroffen: Revolution und Offensiven zugleich haben unsre Glieder gelähmt.

Der Mann, der mir das sagte, ist engereiter Eisenbahner in Rio de Janeiro. Er hatte die revolutionären Tage in Turin gesehen, er ist jetzt heute weit idyllischerer Ausbreitungen in Mailand gewesen. Nach seiner Darstellung haben am Freitag den 26. Oktober Tausende von Arbeitern in Mailand, Rom, Como, Novara die mildensten Attentate gegen die Bahnanlagen verübt. Unbeschreibliches soll sich in Mailand zwischen Hauptbahnhof und Güterbahnhof zugetragen haben. Der letztere wäre von der wutentbrannten Volksmenge ergriffen und geplündert worden, die Soldaten und Polizisten blindlings in die Masse hineingeworfen. Wir müssen mit der denkbar größten Langsamkeit auf der Bahn fahren, weil die Gefahr von Entgleisungen an fast allen Stellen droht. Der militärische Ersatzdienst genügt nicht mehr, weil jährliche Soldaten umgewandelt worden sind in unbewandten Augenblenden, oft unter Verabredung mit danebenstehenden Kameraden, die Injurien mit bürgerlichen Meinungen vertauschen und das Weite suchen. Sie haben das Soldatenleben satt.

Es wollen unter allen Umständen Schluss mit dem Kriege machen. Und dazu dient ihnen jedes Mittel der Sabotage. Sie können sich denken, dass, was das auf unsre Reichen geht, jede Minute gewichtig zu sein, mit dem Auge zu verfolgen oder einen Vergleichsband hinunterzuschauen. Die meisten von uns Beamten sind überanstrengt: durchschnittlich 18 Stunden Dienst, wenig Abkantung; wir müssen nur halbe Tage auf ein Stück Brot warten, die Vorgesetzten überreicht, das rollende Material in sportlichstem Zustand, nirgends Ordnung, überall Spuren der Verwirrung und Stofflosigkeit. Ich sage: Italien geht an seinen Eisenbahnen zugrunde, genau so wie Rußland.

Bei Romo Treja geriet ich mit einem aus Turin geflüchteten Amerikaner ins Gespräch. Er erklärte, bis zum 25. sehr hoff-

nungsvoll gewesen zu sein. Dann aber wurde er zum Schwarzseher, als er die Folgen der ersten Giosposten Gabonias merkte: „Alles, was sich zu den gebildeten Klassen zählt, war zuerst wie betäubt, als man las, daß die Jungsohnen ins Banner geraten wäre. Wenn das der Feind geschrieben hätte, würde man geschäftet haben. Aber so stand es jenseits auf weiß von Gabonias selber da. Aber an irgendeiner Stelle Profanen der Himmel eingeschoben wäre und die Erde unter sich gemalt hätte, wäre die Wirkung lange nicht so groß gewesen. Diese Zettler sind wertlos! Besten.

Sie können nur jubelnden Optimismus und schwärzesten Pessimismus. Ein Mittelweg scheint es für sie nicht zu geben. Da höre ich in Turin hochgebildete Personen sagen: Natürlich haben die Deutschen die Hälfte unserer Generale gekauft, so wie sie in Frankreich die ersten Politiker mit Hilfe von Bolschewiki gekauft haben. Nun sind wir verraten. Nun wollen wir Frieden schließen. Keine es, was es wolle.“ Andere Personen wieder erklärten: „So mühte es ja kommen, so haben wir es vorausgesehen. Nur die Offiziere trugen nichts in der Führung. Dürfen wir die von Militärschichten von Anfang an gehalten, wie es unsre Pflicht war, dann hätten wir heute unser Groß-Italien, von dem die Erzschindler geträumt haben, die das Verbrechen des Krieges besargen.“

Turin scheint von allen oberitalienischen Städten am freisinnigsten zu sein. Mein Amerikaner mußte dort seine Geschäfte schließen, weil kein Mensch mehr bei ihm arbeiten wollte, und weil er sich des Lebens nicht mehr sicher wußte. Seit Frieden herrscht in Turin Benützung. Die meisten Fabriken haben wegen Beschäftigungslosigkeit und wegen der drohenden Haltung der kriegsfeindlichen Arbeiterschaft geschlossen. An der Bahn wurde kein Reparaturen möglich gewesen, die Bahn übernahm die alten bürgerlichen Verkehr geschlossen, blutige Zusammenstöße zwischen Militär und Zivil an der Tagesordnung, kein Gasthof dürfte Fremde aufnehmen, der Amerikaner selber hätte aus der gefährlichen Stadt sich nur durch ein Auto eines ihm befreundeten Offiziers retten können.

Am Bahnhof in Ghibio gibt es bewagte Szenen. Zu Hunderten kommen wohlhabende Leute zu Fuß und zu Wagen an die Grenze, um schweizerische Zertugnisse sowie Nachrichten zu erhalten. Die vollkommene Sperrung der Grenzen steht bevor, gleichgültig glaube ich nicht, daß dies viel nützen wird. Denn die italienische

Wahbegier wird schon Mittel und Wege finden, um den Nachschub zu stillen. Aus Mailand sind viele Herden und Dauen der ersten Feilschheit fertig eingetroffen, zu meinen andern Zweck, als sich ein faroceres Bild über die verarmte Lage zu machen. Manche Politiker ermahnen nachgehende Büchseleuten von Frankreich und England. Aber dann spreche ich wieder mit nüchtern denkenden Personen, die erklären: „Uns jenseits für Truppenleistungen sage und schreibe zu sei Eigenbarverbindungen zur Verfügung; die über den Fronteinsatz und die Krieger. Die letztere ist an einigen Stellen einseitig und macht viel zu große Unwege. Sie genügt nicht einmal für die Bedürfnisse der französischen Armee. Sie würde für uns so gut wie ausreichen. Die Verbindung von Modem-Turin soll uns auf einmal ganze Armeekorps hergeben? Ach, großer Gott, wie stellt man sich denn das vor? Selbst wenn wir Kohlen und Eisenbahnwagen genug hätten. . . Aber wie steht es denn mit dem Nachschub? Mit der Verpflegung? Mit der Munitionslieferung? Nicht mit einigen Regimenten und Batterien kann uns gehalten werden, sondern mit ganzen Armeekorps. Will man uns diese abgeben? Auf dem Landweg? Zur See? Bei der U-Boot-Gefahr? In Wägen? In Booten? Bei unserm Lebensmittelmangel? Dazu der Mangel an Vorbereitung für ein militärisches Zusammenarbeiten verschiedenartig ausgebildeter Seere und Offizierkorps!“

Die Rede kommt auf die Gemerieren der amerikanischen Geschützfabriken, das unerschöpfliche Material, die wohl schätzbarere Stoffe. Hunderte von Geschützen mußten wir nach Frankreich und England zurückschicken, andre Hunderte lagen für die Amerikaner, diese elenden Feiglinge, wieder zur Verfügung. Stugeln, Schrapnelle, Granaten, Geschosse, nichts galt, was von America und Frankreich in letzter Zeit gekommen ist!“

Der Abend hielt herüber. Etwas abseits vom Bahnhof verhandelt eine Dame am Arm ihres Freundes in Uniform mit Grenzbeamten über die Möglichkeiten, ihr Auto aus in der Nähe nach der Schweiz in Sicherheit zu bringen. „Es war doch wirklich so schade für den Kriegsgebrauch, das müssen Sie doch einsehen. Es war in einem Zuge kaputt.“ Schwelgende Stimmungen, Handredner. Man hat ein Entsehen. Es war in der Tat zu schade.

Auch der Patriotismus der oben Jahnkautsch ist in diesem Defekt schneller kaputtgegangen als ein Auto aus im Kriegsgebrauch. —

# Was der Krieg bringt.

## Weitere Versenkungen.

**Amlich wird gemeldet:**  
Im Sperrgebiet um England wurden durch unsre U-Boote wiederum vier Dampfer und zwei Segler versenkt, darunter ein Dampfer, der anseiner großen Geschwindigkeit gleichzeitig herausgeschossen wurde, sowie die beiden englischen Segler „Cubica“ mit 1250 Tonnen Kalk und Kreide von England nach Savannah und „Tom Koper“.

## Bombenangriff auf England und Dänischen.

**Amlich wird gemeldet:**  
Eins unserer Bombengeschwader hat in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November die militärischen Ziele im Herzen Londons und in den Hafenstädten Gravesend, Chatham, Ramsgate, Margate und Dover kräftig und wirkungsvoll mit Bomben angegriffen. In London, Chatham und Ramsgate brachen große Brände aus. Andre Bombengeschwader griffen Festung und Werftanlagen von Dänischen sowie militärische Ziele hinter der slandrischen Front an und verurteilten zahlreiche Explosionen und Brände. Alle unsre Flugzeuge sind zurückgekehrt.

## Neue Lugsburg-Depeschen.

Sanfting hat wiederum zwei Depeschen des Grafen Lugsburg aus Buenos Aires an das deutsche Auswärtige Amt vorerichtet. Ihr Inhalt ist an sich nicht sehr wichtig, aber doch bezeichnend dafür, wie gänzlich ungeeignet der Graf, der ganz im Stile Revolutionskämpfer leitend Diplomatie treibt, zur Vertretung deutscher Interessen geeignet ist.

Die erste Depesche ist vom 7. Juli 1917 und lautet:

Unsre Haltung Brasiliens gegenüber hat hier den Eindruck erzeugt, daß man auf unsre gutmütige, leicht zu beeinflussende Natur rechnen kann. Das ist in Südamerika gefährlich, wo die Bevölkerung unter einem dünnen Hintis-Indianer ist. Ein U-Boot-Geschwader, über das ich das Recht hätte, vollständig frei zu verfügen, könnte die Lage wahrscheinlich noch retten.

Die zweite Depesche vom 4. August 1917 hat folgenden Wortlaut:

Ich bin davon überzeugt, daß wir imstande sein werden, in Südamerika unsre wesentlichsten politischen Pläne durchzuführen, nämlich das Behalten des offenen Marktes in Argentinien und die Reorganisation von Südbrasilien, entweder mit oder ohne Argentinien. Haben Sie die Güte, mit Chile freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Die Mitteilung von dem Verschwinden eines U-Boot-Geschwaders zur Begründung des Präsidenten würde auch jetzt noch auf die Lage in Südamerika entscheidenden Einfluß ausüben.

Wie von zutuniger Seite mitgeteilt wird, ist der Wortlaut der Telegramme, von Einzelheiten abgesehen,

richtig wiedergegeben. Weiter sagt diejelbe Quelle: „Die Möglichkeit eines deutschen Notstands in Buenos Aires, für den der kaiserliche Gesandte die Entsendung von U-Booten vordringt, ist in der Tat zwischen beiden Regierungen erörtert worden. Er hätte das Gegenstück gebildet zu dem Versuch eines nordamerikanischen Schwabers und englischer strenger und einen weiteren Beweis geliefert für die strenge Neutralität der argentinischen Regierung, der Höflichkeitshaltung der Kriegsschiffe aller kriegführenden Länder gleichermaßen willkommen sind.“

## Branting gegen Barthou.

Die Antrittsrede Barthous wird im Stockholmer „Socialdemokraten“ einer sehr scharfen Kritik unterzogen. „Einhalt!“ — so jagt das Blatt — „eine direkte Herausforderung gegen das große moralische Grundprinzip der Kriegsziele der Alliierten, daß dieser Krieg nicht mit einer Kränkung des Rechtes und der Freiheit irgendwelcher Nation, über sich selber zu verfügen, endigen darf, im Gegenteil müßte vor dem Kriege begangenes und bestehendes Unrecht wieder gutgemacht werden.“

Zu den weitem Ausführungen des französischen auswärtigen Ministers sagt „Socialdemokraten“, daß er genau diejelbe Sprache führe, die man früher aus Wien und Berlin zu hören gewöhnt war, und die „mit Recht von Gemüthen der ganzen Welt als nur ein heuchlerischer Versuch geteilt wurde zur Verschleiierung geheimer Eroberungspläne.“ — Und falls Barthou nach dieser Erklärung als französischer auswärtiger Minister noch lange bleibt, fährt „Socialdemokraten“ fort, „würde dies der Sache der Alliierten einen unübersehbaren Schaden in jeder unabhängigen Meinung aller Länder — kriegführender wie neutraler — zufügen, eine Wirkung, die in der jetzigen kritischen Lage vielleicht gefährlicher als je zuvor ist.“

An die Abtinnung über das Vertrauensvotum knüpft das Blatt folgende Bemerkungen: „Wie man sieht, ist die Stellung der Regierung äußerst schwach, und man hat zu der Hoffnung Veranlassung, daß die nötige Sammlung der demokratischen, antionexionistischen Kräfte Frankreichs nunmehr nicht lange auf sich warten lassen wird.“

„Socialdemokraten“ wird angeichts der Barthou-Rede an das alte Wort denken müssen: „Herr beschüße mich vor meinen Freunden . . .“

## Die Lebenskosten in der Schweiz.

Der Verband schweizerischer Konsumvereine veröffentlicht die Ergebnisse seiner 23. Quartalerhebung bei den angeschlossenen Vereinen über den Stand der Preise von 50 der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel. Rechnet man die quantitative Aufwendung einer fünfköpfigen Familie während eines Jahres an der Hand der Preise vom 1. Juni 1914, also kurz vor Kriegsausbruch, um, so ergibt

das einen Betrag von 1043,63 Frank. Von Quartal zu Quartal hat dann folgende Erhöhung stattgefunden:

Jahr	Monat	Frank	100
1914	1. Juni	1043,63	100
	1. September	1071,12	103
	1. Dezember	1422,19	137
1915	1. März	1189,36	114
	1. Juni	1237,10	119
	1. September	1255,56	120
1916	1. Dezember	1315,17	126
	1. März	1350,32	129
	1. Juni	1455,92	139
1917	1. September	1500,48	144
	1. Dezember	1543,40	148
	1. März	1648,17	158
1918	1. Juni	1886,67	180
	1. September	2004,14	192

Zeit Ausbruch des Krieges haben sich also die Kosten für den Normalbedarf einer Familie an den wichtigsten Lebensmitteln um 92 Prozent erhöht, d. h. fast verdoppelt, gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres beträgt die Leistung 34 Prozent. Die einzelnen Artikelgruppen sind an der Leistung in folgender Weise beteiligt. Milch und Milchprodukte sind um 40 Prozent, Speiseöl und Mehl um 193 Prozent, Hülsenfrüchte um 129 Prozent, Fleisch um 141 Prozent, Eier um 100 Prozent, Kartoffeln um 38 Prozent, Zucker und Honig um 185 Prozent, Zerealien um 101 Prozent, diverse Bedarfsartikel um 110 Prozent im Preise gestiegen.

Also auch die Schweiz, die sich bis zum Schlusse des letzten Jahres noch ziemlich bescheidener Lebensmittelpreise zu erfreuen hatte, muß jetzt an die allgemeine Leistung glauben. Natürlich ist die den vorliegenden Berechnungen zugrunde gelegten Warenquantitäten heute gar nicht mehr in dem angenommenen Umfang zu haben.

## Die Ostmärkte.

Der Ostmarkenverein hat seinen Protest gegen die Schaffung des Königreichs Polen erneuert. Sein Gehaltsausdruck nahm eine Entschärfung an, die er einen Frieden erwartet, der besonders dem kühnergeprüften Ostpreußen militärisch und politisch erhöhten Schutz verleiht. Die Entschärfung stellt fest, daß diesen Zielen durch den Aufbau eines unabhängigen politischen Königreichs nicht gebiert wird, und fährt dann fort:

Der Deutsche Ostmarkenverein weist auf die schweren Sorgen und die wachsende Erbitterung hin, die die weichenen Kreise der deutschen Bevölkerung der Ostmarken ergreifen hat. Mit aller Entschiedenheit verlangt er, daß an den sorglosig aufgebauten Schutzmauern gegen die Lebensgriffe des Bolschewismus nicht gerüttelt, jede Veränderung unserer ostpreussischen Lage bis nach dem Kriege verlagert wird, und daß die Reichs- und Staatsregierungen das härter als je bedrohte deutsche Volkstum im Osten nach wie vor schützt und fördert.

An den mittlerweile vollendeten Tatsachen können auch die Ostmärkte nicht mehr rütteln, und die staatliche Gleichberechtigung der preussischen Polen können auch sie nicht mehr verhindern. Die Tätigkeit des Ostmarkenvereins hat natürlich nicht dem Heile des deutschen Volkes gebiert.



